

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich inkl. Post 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.). Durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlbühlstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18699, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schäftsleitung: Dresden-2, Mühlbühlstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gebundene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 M., für Familienanzeigen 0,20 M. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr mittags in der Expedition Dresden-2, Mühlbühlstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 24. November 1928

Nummer 274

## Gichert die Ruhrfront!

Das Gesamtunternehmertum hinter den Eisenbaronen / Heute Urteil des Landesarbeitsgerichts / Massendemonstrationen

### Vor der Entscheidung

Düsseldorf, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.)  
Heute tagt das Landesarbeitsgericht, das in zweiter Instanz den Rechtsstreit um Wiffells verbindlich erklärten Schiedspruch entscheiden soll. Die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokraten versuchen den Kampfwillen der Arbeiter zu töten und ihre Front zu brechen, ihr bedingungsloses Vertrauen zu der „Objektivität“ des bürgerlichen Arbeitsgerichts, zu dem Organ des kapitalistischen Klassenstaates predigen.

In dieser ersten Situation sagt die Kommunistische Partei, als die einzige Partei in Deutschland, den kämpfenden Hüttenarbeitern die Wahrheit. Sie ist es, die der Arbeiterin unermüdet verständlich zu machen versucht, daß der kapitalistische Staat das käufliche Werkzeug der brutalsten Scharfmacher, sein Arbeitsgericht, das bezahlte Organ im Dienste der Unternehmerinteressen ist. Wer jetzt, wie es gegenwärtig von den Gewerkschaftsführern getan wird, die Arbeiter in den Glauben an die „Unschliefbarkeit“ der angeblich über den Parteien stehenden „Gerechtigkeit“ einzulassen versucht, läßt bewußten Beitrag an der Arbeiterin und liefert die Arbeitermassen mit dem Verzicht auf die Organisierung, Verstärkung und Verbreiterung des gewaltigen Kampfes an der Ruhr dem Machtwillen und dem Diktat der Unternehmer aus. Die reformistischen Gewerkschaftsführer marschieren mit den christlichen und gelben Tarifkontrahenten diesen Weg. Sie haben in Düsseldorf an einem Tisch mit den Unternehmern gefesselt und den Abwägungsvertrag mit allen Paragrafen ausgearbeitet. Sie waren bereit, den Inhalt des Düsseldorfer Geheimprotokolls der Arbeiterin zur Verhandlungsgrundlage zu empfehlen. Sie planen die vollständige und schamlose Kapitulation, sie denken nicht daran, die Unternehmerforderung nach Verlängerung des Neun- und Zehnstundentages bis 1930, der Preisgabe selbst des bekannten erdärmlichen Schiedspruches der Fortarbeit zu den alten Löhnen und bedingungslose Rückkehr in die Betriebe zu den schmählichsten Bedingungen irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen. Wenn sie bis heute noch

nicht die Kapitulation vollzogen haben, so nur aus Furcht vor dem empörten Massenwillen der Arbeiter, die heute dem Ruhe der Kampfleistungen folgend, während der Landesarbeitsgerichtsverhandlung in allen Orten zu gewaltigen Demonstrationen aufmarschieren.

Der Kampf im Ruhrgebiet steht vor einer entscheidenden Wendung. Die Arbeiterfront steht fest und geschlossen unter ihrer revolutionären Leitung, die dem Kampf eine entschlossene Führung gibt. Die Arbeiterin in ganz Deutschland muß die Unterstützungsaktion für die kämpfenden Ruhrarbeiter steigern. Sie muß Geld für die ausgesperrten sammeln. Sie muß darüber hinaus ihre eigenen Kräfte mobilisieren und sammeln, um mit vereinten Kräften den Kampf gegen das Unternehmertum, die Staatsgewalt und den Reformismus zu führen.

### Stillelegung bei Geibel & Naumann

Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt die Direktion das Werk demnächst stillzulegen. Die Stillelegungsanzeige ist bereits erlassen. Nächste Woche finden die Stillelegungsverhandlungen statt.

Als Grund für diese Maßnahme gibt die Firma den durch den Ruhrkampf eingetretenen Materialmangel an. Wir gehen aber wohl nicht fehl, wenn wir sagen, daß die Firma mit dieser eiligen Maßnahme nichts anderes beabsichtigt, als gewisse Repressalien der Arbeiterin gegenüber durchzuführen, insbesondere eine erneute Säuberungsaktion vorzunehmen.

### Ein Manifest der Erzherrn

UnternehmerSolidarität für die Eisenbarone

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorstand der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie haben in einer gemeinsamen Sitzung vom 23. November 1928 eine gemeinsame Solidaritätsfundegebung für die Eisenbarone beschlossen. Darin wird dekretiert, daß im Interesse der weltwirtschaftlichen Stellung Deutschlands mit den Lohnerhöhungen Schluß sein müsse. Dann heißt es:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der Deutschen Industrie stellen sich infolge dessen in voller Erkenntnis der Tragweite des jetzigen Konfliktes für die ganze deutsche Wirtschaft geschlossen hinter die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Beide Organisationen haben beschlossen, die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.

Dieselbe Haltung nehmen Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Reichsverband der Deutschen Industrie gegenüber dem Wirtschaftskampf in der Westindustrie ein. Beide Organisationen schließen sich namens der gesamten Deutschen Industrie der Erklärung an, die der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller für die Arbeitgeber der Westindustrie abgegeben hat.

Das Gesamtunternehmertum unterstützt die Eisenbarone. Es geht in diesem gewaltigen Kampfe um die Lebensinteressen aller Arbeiter. Darum muß sich die gesamte deutsche Arbeiterin hinter die Kampfleistungen stellen. Sie mit allen Mitteln unterstützen, überall selbst Forderungen stellen und zum Angriff gegen das Unternehmertum und die Koalitionsregierung vorgehen.

## Edels Panzerkreuzertarnung

Von Rudolf Renner

Zu der nach der Dresdner Volkszeitung vom 20. d. M. ziemlich ergebnislosen und unbefriedigenden Sitzung des SPD-Parteiausschusses, in der bekanntlich nichts anderes getan wurde, als das Mandat der sozialdemokratischen Fraktion heilig zu sprechen, ergreift der wortgewaltige Oskar Edel das Wort. Oskar ist auch in diesem Artikel wieder der bekannte tapfere Kämpfer für den Parteivorstand, wenn auch von „links“. Betrübte erzählt Edel, daß er dem Partiausschuss einen Antrag unterbreitet habe, der fordert:

1. Reichstagsfraktion und Minister haben alle weiteren Raten für den Bau von Panzerkreuzern, also insbesondere auch die Raten für den Bau des Panzerkreuzers A, abzu- lehnen.
2. Die Ablehnung von weiteren Flottenbauten und militärischer Aufrüstung ist die Voraussetzung für die weitere Beteiligung der Partei an der Regierung.

Der Antrag hört sich sehr schön an, nur hat er zwei Fehler: den einen, daß der Partiausschuss über ihn zur Tagesordnung über-

gegangen, den anderen, daß selbst seine Einbringer nicht ernsthaft an diesen Antrag glaubten. Wussten sie doch, daß Groener schon 32 Millionen für den Bau des Panzerkreuzers A verplant hat und daß die SPD als Gesamtpartei sich festlegte, auch im Reichstag durch ihre Redner, daß selbst nach der Abstimmung der Fraktion die Minister den Bau des Panzerkreuzers vollenden sollten und würden. Sie wiederholt sich dann die alte Taktik, die sächsischen Parteiführer der SPD stehen Schildwache für den Parteivorstand. Sie täuschen die Arbeiter, indem sie ihnen vormachen, daß die SPD durch sie geändert werde. Stolz erklärt Edel, die sächsische Mitgliedschaft hat den richtigen Weg abgesteckt, nicht den der Mehrheit des Partiausschusses. Aber ebenso stolz läuft man den Weg der Weis und Freisinnigkeit mit. Trotz der „Ablehnung des Weges“ wird der Panzerkreuzer unter Mitwirkung der SPD-Minister gebaut. Sie sitzen in der Regierung. Hermann Müller führt die Regierung und weiß angeblich nichts davon, daß Groener schon 32 Millionen ausgegeben hat. Wirklich, eine feine und kluge Sorte von „Arbeitervertretern“; auf sie kann die Arbeiterin vertrauen. Oskar Edel aber freudig: Wir haben uns einen andern Weg abgesteckt — laut trompelt er treu und wieder mit dem Parteivorstand und versucht die Arbeiter hinterherzuziehen.

Ganz wohl ist dem „linken“ Kämpfen bei der Betrachtung der Wirkungen der sozialdemokratischen Politik auf die Arbeiter aber nicht, denn:

„Die Mehrheit des Partiausschusses setzt sich für ein entschlossenes Festhalten an der Regierung ein und lehnt deshalb Bindungen ab. Wir glauben aber, daß in kürzester Frist solche Bindungen erneut durch die Entwicklung erzwungen werden.“

Als Bindungen betrachtet Edel seinen Antrag gegen die Panzerkreuzerraten. Die Mehrheit seiner Partei ist aber anderer Ansicht, sie betrachtet ihn nicht nur als Bindung, sondern führt durch die Bindung mit dem Kapitalismus, mit den Imperialisten. Edel teilt mit, daß die Mehrheit die Aufstellung vertreten habe, die Entscheidung sei durch die Mehrheit des Reichstages gefallen. Zwar sagt Edel, er vertrete die entgegengelegte Meinung. Aber durchgeführt wird der Entschluß des Reichstages durch die SPD. Diese von Edel festgestellte Tatsache, daß für die Politik seiner Partei nicht die Interessen der Arbeitermassen, sondern die Entscheidung der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages maßgebend ist, zeigt mehr denn je die Verbürgerlichung der SPD, die sich eben schon nur noch voll und ganz als ein Teil der bürgerlichen Fraktionen im Reichstag und der bürgerlichen Parteien führt. Immer deutlicher wird für jeden Arbeiter die Rolle der SPD

### Wieder ergebnislos

Die Verhandlungen in der westfälischen Textilindustrie erneut gescheitert

Dresden, 24. November.

Der Dresdner Anzeiger teilt heute morgen mit: Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der westfälischen Textilindustrie sind nach über schließlicher Dauer am Freitag ergebnislos abgebrochen worden. Der Sonderständlicher Ministerialrat Haack hat die Schlichterkammer für Montag den 26. November, 10 Uhr, einberufen.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß im Lohnstreit der ostfälischen Textilindustrie von den Unternehmern der Schlichter angerufen worden ist.

Die Taktik der Unternehmer läuft darauf hinaus, zunächst einen Schiedspruch für die westfälische Textilindustrie herbeizuführen, der dann als die Grundlage für einen Schiedspruch in der ostfälischen Textilindustrie dienen soll.

### Massendemonstration gegen die Unternehmerjustiz

Duisburg, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Kampfleitung Duisburg ruft die ausgesperrten Metallarbeiter auf, heute während der Verhandlung des Landesarbeitsgerichts zu demonstrieren. Man will den Herren im Landtag zeigen, daß die Arbeiterin nicht gewillt ist, sich mißbrauchen zu lassen.

Im Aussperungsgebiet werden Demonstrationen veranstaltet, die dem Ergebnis des zweiten Tages werden. Man ist sich natürlich anklagen nur ein weiteres Mittel zu schafftsdemokratischen Ein- der Gewerkschaftsführer und Unter-

Weiteren Hütten beschloß ebenfalls, anklagen vor dem Landesarbeitsgericht

### Sit das Verleumdung?

DER BAU DES PANZERKREUZERS WIRD EINGESTELLT



So sieht die SPD-Politik in Wirklichkeit aus!